

sellschaft. Jahrhundertlang handelten die Einflußreichen in Kirche und Staat nach machtpolitischen Kategorien der Vorherrschaft und der Ausgrenzung.

Die *geistige Haltung der mittleren Generation* des Kirchenvolks zeigt deutlicher als die Schwierigkeiten der Kirchengspitze, daß die spanischen Katholiken sich nur schwer in eine plurale Gesellschaft werden integrieren können, ohne noch mehr an Substanz zu verlieren. Daß die Kirche in dieser „neuen Gesellschaft“ künftig auf andere Weise präsent wird sein müssen, ist zumindest einem Teil der spanischen Bischöfe vermutlich klarer als dem Papst. Aus vielen seiner Aussagen war zu entnehmen, daß er die katholische Religion in Spanien als nationale (und als prägende sittliche) Kraft sehen will, wie es für sein Heimat-

land Polen zutrifft. Solche hohe nationale Hoffnungen kann derzeit auch die Rückbesinnung auf die spanische Kirchengeschichte nicht in den Verantwortlichen der Kirche wecken. Ihr vorrangiges Ziel ist, den Glauben im Volk zu bewahren, oder besser „neu einzupflanzen“.

Es zeugt von Respektlosigkeit, aber auch von Realismus, wenn ein Kenner des Landes zu den gewohnt rigorosen Aussagen des Papstes in Fragen der Lehre und der Moral bemerkte, die Spanier hätten diese ignoriert oder sich darüber hinweggefremdet. Daß Millionen spanischer Katholiken Güte und Menschlichkeit des Papstes aus der Nähe erlebten, mag oder kann ein erster Impuls für die von ihm gepredigte und auch vermittelte „Glaubensfreude“ sein. Das wäre schon viel.

Gabriele Burchardt

Die Friedenspriesterbewegung in der ČSSR

Ein Verbot und was es bewirkte

Als die römische Kleruskongregation im März dieses Jahres (vgl. den Wortlaut der entsprechenden Erklärung in: HK, April 1982, 184f.) Priestervereinigungen mit politischer Zielsetzung verbot und Geistlichen die Mitgliedschaft in solchen Vereinigungen untersagte, erregte diese Maßnahme nirgendwo mehr Aufsehen als in der Tschechoslowakei.

Das war auch gar nicht verwunderlich, denn ohne daß die Organisation namentlich genannt wurde, ergab sich bereits aus dem Wortlaut der Erklärung und erst recht aus dem gleichzeitig im „Osservatore Romano“ dazu erschienenen Kommentar (vgl. HK, April 1982, 162) mühelos, daß damit in allererster Linie die ČSSR-Friedenspriestervereinigung „Pacem in terris“ gemeint war.

Aber selbst wenn sich die Vereinigung damals noch hätte herausreden können – sie ließ verlauten, sie sei damit nicht gemeint, sondern die Priester seien betroffen, die sich in der Bewegung „Charta 77“ engagierten –, so ging das bereits Tage später nicht mehr. Denn in einem Gespräch mit der politisch linksorientierten römischen Tageszeitung „La Repubblica“ nannte Kardinal *Silvio Oddi*, der Präfekt der Kleruskongregation, die tschechoslowakische Friedenspriestervereinigung *ausdrücklich* und erwähnte dabei als Beispiel sogar den Administrator von Olmütz, Bischof *Josef Vrana*, dem bei seiner Ernennung zur Auflage gemacht worden war, sich aus der Priestervereinigung zurückzuziehen, und der sich in der Folge in Sachen Friedenspriester, deren besonders aktives Mitglied er bis dahin war, zurückhielt, ohne sich jemals von der Vereinigung zu distanzieren.

Vorübergehend in Existenzsorgen gebracht

Die staatlichen Behörden in der ČSSR reagierten denn auch prompt. Zunächst verboten sie die öffentliche Ver-

breitung der römischen Erklärung. So durfte das Dokument nicht einmal in den kirchlichen Amtsblättern publiziert werden. In der Slowakei drohte das staatliche Kirchensekretariat den Bischöfen und Kapitelvikaren für den Fall des Zuwiderhandelns sogar die *staatliche Pensionierung aller über sechzigjährigen Geistlichen* an, was de facto ein vollständiges Verbot geistlicher Berufsausübung für die Betroffenen bedeutet hätte. Die tschechischen und slowakischen Katholiken zeigten sich dennoch darüber recht gut informiert, und zwar noch ehe die damals zu Besuch in Rom weilenden Bischöfe in ihre Diözesen zurückgekehrt waren. Radio Vatikan hatte den vollständigen Text für die ČSSR ausgestrahlt, und viele Geistliche und Laien nahmen den Text auf Band auf und brachten ihn so unters Volk. Darüber hinaus machten verschiedene Ordinarien die Geistlichen ihrer Diözesen auch *im direkten Gespräch* mit Inhalt und Sinn der römischen Erklärung vertraut. Der Kapitelvikar der Diözese Spiš (Slowakei), *Garaj*, erläuterte die Erklärung auf verschiedenen Dekanatskonferenzen. Auf einer der Kleruskonferenzen kam es dabei zu einem heftigen Zusammenstoß mit dem örtlichen staatlichen Kirchensekretär. In Leitmeritz ließ Kapitelvikar *Josef Henrich* die Erklärung vor versammeltem Domkapitel und in Anwesenheit des Aussiger Kirchensekretärs verlesen. Der Bischof von Nitra, *Jan Pasztor*, informierte den Klerus seiner Diözese darüber im Gründonnerstagsgottesdienst und die Neupriester bei deren Weihe.

Bald zeigte sich, daß die *Priestervereinigung*, obwohl von staatlicher Seite auch gegen diese römische Maßnahme nachdrücklich gestützt, in *beträchtliche Existenzsorgen* geriet. Auch wenn die Reaktionen im Klerus unterschiedlich und die der Ordinarien nicht einheitlich waren, sah es zeitweise so aus, als ob sie selbst eine Statutenänderung vor der plötzlichen Auszehrung durch Mitgliederschwund nicht retten würde. In Leitmeritz hängten Theologiestudenten ein Plakat mit der Inschrift „Roma locuta, causa finita“ an eine Hauswand des Priesterseminars. Aus

Brünn kam die Nachricht, das gesamte Domkapitel mit Kapitelvikar *Ludwig Horky* an der Spitze sei aus der Priestervereinigung ausgetreten. Auch die Kapitelvikare von Böhmisches Budweis und Spiš verließen die Pacem-in-terris-Vereinigung; der Ordinarius des griechisch-katholischen Bistums Prešov, *Jan Hirka*, tat ein gleiches. Kardinal *František Tomášek* und Bischof *Julius Gábriš* (Turnau) forderten die Regierung auf, die Priestervereinigung aufzulösen, was von dieser gleich ebenso „kategorisch“ wie „definitiv“ abgelehnt wurde. Auch Kapitelvikar Garaj und Bischof Pasztor beließen es nicht bei einer Bekanntmachung des Textes, sondern wandten sich, letzterer jedenfalls vorübergehend, gegen die Priestervereinigung und forderten Gehorsam gegenüber dem Papst.

Druck auf Ordinarien und Pfarrer

Die *staatlichen Behörden*, durch die römische Erklärung und die Reaktionen in der Geistlichkeit vorübergehend ebenso verunsichert wie die Vereinigung selbst, setzten aber bald zu *entschiedener Gegenwehr* an. Sie wiesen nicht nur einen Verzicht auf die Vereinigung als einer Art staatlicher Hilfstruppe im kirchlichen Bereich – als solche wird die Vereinigung von staatlicher Seite de facto verstanden und vor allem gehandhabt – entschieden zurück und weigerten sich, einer Auflösung zuzustimmen. Sie agierten sehr bald mit *handfesten Drohungen* nach innen und stützten diese durch eine entsprechende *Propaganda* nach außen ab. Jeder Angriff auf die rein politischen Zwecken dienende Priestervereinigung wurde unter Hinweis auf den „Friedensdienst“, den diese leiste, als *Angriff auf die „sozialistische Gemeinschaft“* qualifiziert. Örtliche Kirchensekretäre nahmen sich einzelne Geistliche vor, die aus der Friedenspriesterbewegung austreten wollten oder derer man sich sonst nicht ganz sicher war. Mancher Pfarrer erhielt plötzlich und ohne Begründung eine „Gehaltszulage“. Dieser Aufbesserung folgte meist ein „Besuch“ *des zuständigen Kirchensekretärs*, der auf deren Sinn und Zweck hinwies und als solchen den Beitritt oder die weitere Mitgliedschaft bei der Pacem-in-terris-Vereinigung bezeichnete. Wo dieser Weg zu keinem erkennbaren Erfolg führte, folgte häufig der vielversprechende Hinweis auf ein schadhaftes Kirchendach oder etwas Ähnliches, was dringend der Reparatur oder Renovierung bedurfte, und auf die eventuelle baldige Zuteilung staatlicher Gelder zur Behebung des Schadens.

Druck wurde auch *auf die Ordinarien* ausgeübt. Ein Bischof, der sich geweigert hatte, an einer größeren Veranstaltung der Friedenspriestervereinigung teilzunehmen, begann plötzlich zu fürchten, es könnten ihm weniger Neueintritte von Theologiestudenten ins Priesterseminar zugestanden werden. Ein anderer Ordinarius erhielt den Besuch des zuständigen Kreiskirchensekretärs, der dabei recht offenherzig den Zweck seines Kommens darlegte: Er habe eventuelle „Kontakte“ in dieser Angelegenheit mit Kardinal Tomášek und Bischof Gábriš zu überprüfen; sollten seine diesbezüglichen Warnungen keinen Erfolg

haben, müssten „Maßnahmen“ ergriffen werden, die „bereits vorbereitet“ seien.

Da viele *Geistliche* angesichts der ohnehin äußerst eingeschränkten seelsorglichen Möglichkeiten weitere Repressalien und Benachteiligungen erwarten mußten und nicht wenige von ihnen *um ihre Amtsausübung bangen*, konnten Drohungen der staatlichen Behörden nicht ohne Wirkung bleiben. Auch wenn man davon ausgehen kann, daß der Großteil des Klerus, der kirchlich aktiven Laien ohnehin, in dieser Sache voll auf seiten des Hl. Stuhls steht, sind die Verhältnisse doch zu verwickelt, als daß jedem Betroffenen eine klare Entscheidung möglich wäre. Viele von ihnen standen einfach wieder einmal vor der Abwägung, die ihnen noch verbliebenen Chancen seelsorglicher Arbeit zu gefährden oder eine wenigstens passive Mitgliedschaft in der Friedenspriesterbewegung als das *geringere Übel* in Kauf zu nehmen.

Natürlich blieben auch die *Mitglieder der Friedenspriesterbewegung* selbst nicht untätig: wenigstens die Führung, denn die Mitgliedschaft als ganze bietet ein durchaus *heterogenes Bild*, und die meisten Priester gehören der Vereinigung weder aus Gesinnung oder Überzeugung noch aus besonderer Vorliebe für die KPČ an oder gar, weil sie der Meinung waren, den Einfluß, den die staatlichen Behörden über die Friedenspriesterbewegung im innerkirchlichen Bereich ausüben, sei seelsorglich von Nutzen. Anfangsmanöver, wie die eingangs erwähnte Ablenkung auf die Anhänger der „Charta '77“, hielten nicht lange vor. Dazu waren die Versuche zu abstrus und die römischen Texte zu eindeutig. Die Regierung ihrerseits nahm die Herausforderung von vornherein als das, was sie aus römischer Sicht auch war: der Versuch, innerkirchlich wieder mehr *Handlungsspielraum zurückzugewinnen* und den Gläubigen zu signalisieren, wie der Heilige Stuhl die Friedenspriesterbewegung einschätzt.

Die Situation war um so klarer, als es nicht die einzige Maßnahme Roms war, gegenüber dem kommunistischen Regime Profil zu zeigen. Fast zur gleichen Zeit (vgl. HK, April 1982, 204) hatte sich der Papst mit deutlichen Worten an die Bischöfe des Landes gewandt mit der Aufforderung, ihre kirchlichen Vollmachten entschieden wahrzunehmen, die pastoralen Entscheidungen in eigener Verantwortung zu treffen und sich vor allem nicht die Priesterausbildung durch kirchenfremde Einflüsse aus der Hand nehmen zu lassen. Der mehrmonatige Versuch, durch Statutenänderung doch noch zu einem *Modus vivendi* mit Rom zu kommen, zeigt, daß die Bewegung wenigstens scheinbar bemüht war, nicht voll auf Konfrontation mit dem Heiligen Stuhl zu gehen. Das hinderte sie aber nicht, alle Schritte, die der Selbsterhaltung dienten, gemeinsam mit Vertretern der Kirchensekretariate zu gehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß noch Ende September ein Mitglied der Führungsmannschaft der Vereinigung, der Prager Caritasdirektor *Jan Mára*, in Rom Kontakte aufnehmen und sogar beim Sekretär des Rates für öffentliche Angelegenheiten der Kirche, Erzbischof *Achille Silvestrini* – wie zu erwarten ohne Erfolg –, vorsprechen wollte.

Erst im September scheint man soweit gewesen zu sein, daß nicht nur das Weiterbestehen der Friedenspriesterbewegung öffentlich bestätigt, sondern sogar eine Intensivierung ihrer Tätigkeit angekündigt werden konnte. Die entscheidende Sitzung, an der alle Vorsitzenden und Sekretäre der Kreisverbände teilnahmen, fand im September in Dolní Smokovec (Slowakei) statt. Dieser folgten wenige Tager später getrennte „Arbeitsgespräche“ mit den zuständigen Landeskultusministern in Prag und Preßburg, zu denen alle Ordinarien zitiert wurden, an denen aber Kardinal Tomášek und Bischof Pasztor nicht teilnahmen. Nach einem Bericht der Prager „Katolicke Náviny“ vom 26. September hätten sich alle anwesenden Ordinarien auf eine Billigung der Friedenspriesterbewegung geeinigt und deren Tätigkeit „positiv gewürdigt“. Daß damit nur die Meinung der Leiter der Friedenspriesterbewegung und nicht des Episkopats wiedergegeben wurde, versteht sich von selbst. Das ändert aber nichts daran, daß sich die Bewegung, weil die staatlichen Behörden es so wollten, zunächst wieder einmal durchgesetzt hat.

„Pacem in terris“ bleibt ein staatliches Instrument zur Kontrolle der Kirche

Da die Regierung ihrerseits von Anfang an voll auf Widerstand ging, konnte niemand verwundert sein, als nach vielen Konferenzen und Gesprächen zwischen den staatlichen Kirchenbehörden und den führenden Vertretern der Vereinigung selbst der stellvertretende Ministerpräsident M. Lúčan bereits am 11. Juni feststellte: „Die Vereinigung wird fortbestehen.“ Die kurze Zeit später nachgereichte und in der tschechischen wie in der slowakischen „Katolicke Náviny“ veröffentlichte Erklärung der Landeskirchensekretariate in Prag und Preßburg konnte nur noch als propagandistisches Beiwerk eingestuft werden. Nach Meinung der Kirchensekretäre wäre es „sozusagen absurd“, wenn heute, „wo Millionen Menschen auf der ganzen Welt im Kampf um die Bewahrung des Friedens keine Mühe scheuen ... es der römisch-katholischen Geistlichkeit in der ČSSR durch den Vatikan sogar unter Androhung von Kirchenstrafen verboten würde, sich für die Rettung des Menschengeschlechtes auf Wegen und in Formen einzusetzen, die in der ČSSR gesetzlich verankert sind“. Daß es laut eigenem Statut erste Aufgabe der Pacem-in-terris-Vereinigung nicht so sehr die Rettung des Menschengeschlechtes ist, sondern daß alle ihre Tätigkeiten „im Einklang mit der nationalen Front“ zu koordinieren sind, die ihrerseits nur ein Organisationsinstrument der kommunistischen Partei ist, hatten die Kirchensekretäre dabei geflissentlich übersehen.

Die *Friedensthese* soll der Pacem-in-terris-Vereinigung also auch künftig das nationale und internationale Renommee bewahren oder wiederbringen, das sie als – jedenfalls in der Führung – willige *Hilfsorganisation für die Kontrolle der amtlich verfaßten Kirche durch die staatlichen*

Behörden auch ohne die Erklärung der römischen Kleruskongregation schon völlig verloren hatte.

„Der Kampf für den Frieden und gegen eine nukleare Katastrophe im Lichte des II. Vatikanischen Konzils“ war denn auch das Motto der jüngsten Tagung des erweiterten Vorstands der Friedenspriesterbewegung am 12. Oktober in Brünn. Das Hauptreferat hielt dabei bezeichnenderweise nicht eines der Vorstandsmitglieder der Vereinigung, sondern der tschechische Kulturminister Klusák. Doch Friedensmotiv hin oder her, selbst Klusák konnte aus der Priestervereinigung nicht einfach eine Friedensbewegung der Kirche machen und nannte die *wirklichen Motive für deren Fortbestehen*: Die Regierung könne nicht zulassen, „daß unsere kirchenpolitischen Verhältnisse von außen her bestimmt, daß die Kirche in politische Spiele einbezogen wird, deren Ziele eine Schwächung des Sozialismus beabsichtigen“. Die Regierung habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie die Angriffe auf die Friedenspriesterbewegung als ein „taktisches Manöver“ ansehe, das gegen den ruhigen Aufbau einer „entwickelten sozialistischen Gemeinschaft“ gerichtet sei. Die Tschechoslowakei als souveräner Staat könne niemals zulassen, „daß über die staatsbürgerliche Orientierung seiner Bewohner Direktiven von jenseits der Grenzen entscheiden“. Deswegen habe man auch in den vergangenen Monaten den Willen zur weiteren Entwicklung der Pacem-in-terris-Vereinigung stets bekräftigt.

Als Ergebnis der Auseinandersetzung seit dem Erscheinen der römischen Erklärung bleibt also die Tatsache, daß es Rom wenigstens vorübergehend gelungen ist, der Vereinigung ihre Aktivität zu erschweren. Aber zu Fall kam sie dadurch nicht. Der Grund ist einleuchtend: die staatlichen Behörden sehen in der Vereinigung nicht nur ein Prestigeobjekt, sondern ein notwendiges Instrument der Kontrolle der Kirche *von innen her*. Das Vorgehen des Staates erleichtert haben neben den Führungsfunktionären der Bewegung selbst einige der *Friedenspriesterbewegung eng verbundene und dem Staat gegenüber willfährige Ordinarien*. Die Kapitelvikare von Rosenau, Zoltan Belák, und von Kaschau, Stefan Onderko, z. B. scheinen die römische Erklärung überhaupt nicht beachtet zu haben. Und der Kapitelvikar in Königgrätz, Karel Jonáš, machte in einer Ansprache im Priesterseminar in Leitmeritz die feine Unterscheidung: Er anerkenne den „Heiligen Vater“ als höchste Autorität in Sachen des Glaubens, der christlichen Moral und der Liturgie, aber „sonst nicht“. Man müsse mit der staatlichen Seite verhandeln und auch verzichten können, das sei schließlich auch ein Stück Nächstenliebe. Konsequenter hat sich Jonáš, wie in letzter Zeit auch wieder Bischof Vrana, zugunsten der Friedenspriesterbewegung erklärt.

So ist aus der Auseinandersetzung während der letzten Monate wohl die Lehre zu ziehen, daß selbst berechnete römische Verbote nicht „greifen“, wenn die *Bischöfe* nicht zu einem einheitlichen Vorgehen in der Lage sind. Das offenbar von den kroatischen Bischöfen geforderte Verbot der kroatischen Theologenvereinigung

„Christliche Gegenwart“ (vgl. HK, April 1982, 168), die bei Gott keine der tschechoslowakischen Pacem-in-terris-Vereinigung vergleichbare staatshörige Bewegung ist, zeigt allerdings, daß dort, wo Bischöfe, wenn auch unter Schmerzen, sich einig werden, römische Maßnahmen selbst dann rasch zum Zuge kommen, wenn Zweifel an deren Vernünftigkeit bleiben oder gar nicht klar ist, ob sie so gemeint waren.

Auf die weiteren *Staat-Kirche-Verhandlungen* hat sich die jüngste Auseinandersetzung um die Friedenspriesterbewegung zweifellos weiter verzögernd ausgewirkt. Ob es in absehbarer Zeit überhaupt noch zu Verhandlungen kommt, ist durchaus ungewiß. Aber das wußten der Papst

und die Kleruskongregation ohnehin. So hat die römische Erklärung, sollte das überhaupt notwendig gewesen sein, wenigstens über die Friedenspriesterbewegung in der ČSSR selbst Klarheit geschaffen. Fragt sich nur, ob das kommunistische Regime der ČSSR sich weiterhin auf so schwache Füße gestellt sieht, daß es nicht nur eine Strangulierung seelsorglicher Tätigkeit über das selbst in kommunistisch regierten Ländern übliche Maß hinaus betreiben zu müssen glaubt, sondern auch noch auf eine Kontrolle der Bischöfe und des Klerus durch die eigenen Leute angewiesen ist, als ob dafür das Spitzelsystem der staatlichen Kirchensekretariate nicht genügte.

Ewald Tannheimer

Interview

Kirchliche Wege nach Europa

Ein Gespräch mit Erzbischof Alojzij Sustrar

Anfang Oktober veranstaltete der Rat Europäischer Bischofskonferenzen in der Nähe von Rom ein Symposium über Evangelisierung Europas (vgl. HK November 1982, 524 ff.). Am Rande des Symposiums führten wir ein Gespräch mit dem Erzbischof von Laibach, Alojzij Sustrar, früher Bischofsvikar in Chur. Bei dem Gespräch ging es weniger um das Thema des Symposiums als um die noch ungelöste Frage, wie eine engere direkte Zusammenarbeit zwischen den Episkopaten europäischer Länder aussehen soll und welche notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Erzbischof, Europa ist ein weites Feld, und Bischöfe tun sich nicht leichter, es von ihren Aufgaben her zu konkretisieren und zu gestalten als Politiker. Seit einem guten Jahrzehnt – eigentlich seit dem Ende des Zweiten Vatikanums – sind steigende Bemühungen im Gange, die europäische Zusammenarbeit im kirchlichen Bereich und unter Bischöfen zu stärken. Aber ist man damit sehr weit gekommen? Fehlt es nicht noch an einem geschärften europäischen Bewußtsein der meisten Bischöfe?

Sustrar: Daß sich die Bischöfe mit der europäischen Zusammenarbeit schwer getan haben und noch schwer tun, soll man ruhig zugeben. Auf dem Konzil gab es zwar manche Kontakte, die eine europäische Zusammenarbeit in die Wege leiten sollten, und einzelne, z. B. der heutige Erzbischof von Marseille, Kardinal Roger Etchegaray, damals noch Sekretär der französischen Bischofskonferenz, hatten sich nachdrücklich darin bemüht, einzelne

Bischofskonferenzen und vor allem deren Vorsitzende für eine engere europäische Zusammenarbeit zu erwärmen. Aber man sah noch nicht recht, in welchen Formen dies geschehen sollte, und es fehlten dafür noch alle strukturellen Voraussetzungen.

HK: Nur die strukturellen Voraussetzungen, fehlte es nicht noch mehr an Einsicht in die Notwendigkeit solcher Zusammenarbeit?

Sustrar: Sicher fehlte es auch an Einsicht. Professor Henrik Brugmans vom Europa-Kolleg in Brügge hat den Bischöfen noch in den siebziger Jahren vorgeworfen, sie hätten lange Zeit an Europa überhaupt nicht gedacht. Zwar haben die letzten Päpste von Pius XII. bis Paul VI. das Thema wiederholt behandelt, aber im Bewußtsein der Bischöfe und der Bischofskonferenzen war das noch wenig realisiert. Man mußte erst darum werben, daß sie sich der europäischen Problematik öffneten.

„Die Bischöfe sind wesentlich aufgeschlossener geworden“

HK: Wo lagen bisher eigentlich die sachlichen Ansätze für eine europäische Zusammenarbeit zwischen den Bischöfen?

Sustrar: Maßgebend war dafür sicher keine große, abstrakte Idee, sondern die langsam wachsende Einsicht, daß in bestimmten Sachbereichen – Migration, Touris-